

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Wolfgang Seidl und Veronika Matiasek betreffend „Heizkostenzuschuss für die Periode 2022/2023“, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates am 22. Juni 2022 im Rahmen der Dringlichen Anfrage „drohende Verteuerung der Lebenserhaltungs- und Energiekosten durch die Stadt Wien“

---

Die steigenden Lebenshaltungskosten bereiten der Wiener Bevölkerung große Sorgen. Die Teuerung ist der absolute Spitzenreiter und kommt noch vor Gesundheit und Pflege, dem Klima und sonstigen Themen.

Ein zentraler Preistreiber für diese alarmierende Entwicklung ist ein massiver Anstieg der Großhandelspreise bei Strom und Gas. Der Österreichische Strompreisindex (ÖSPI) für März 2022 liegt um 139 Prozent höher als im Vergleichszeitraum vor einem Jahr, der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) liegt mit Februar 2022 sogar um unglaubliche 493 Prozent höher und steigt weiter. Die Treibstoffe Diesel und Superbenzin kosteten im Dezember 2021 im Vergleich zum Vorjahr etwa um ein Drittel mehr (plus 33,9 Prozent bei Diesel; plus 31,3 Prozent bei Super). Beim Heizen erlebten die Konsumenten ebenfalls einen enormen Preisanstieg. Im Dezember 2021 musste man für Heizöl im Vergleich zu Dezember 2020 um 44,3 Prozent mehr bezahlen. Von Öl bis feste Brennstoffe und Strom stieg der Energiepreisindex (EPI) im letzten Jahr um 24,1 Prozent, also etwa um ein Viertel. Diese Preissteigerungen gehen nun unvermindert weiter in die Höhe und es wird breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr möglich, diese Kosten zu bedecken, ohne ihre Existenz zu gefährden. Ein von der EU angestrebtes Öl und Gasembargo gegen Russland wird die Situation weiter verschärfen. Die Energieversorger gehen aber noch einen Schritt weiter und erhöhen exorbitant alle ihre Tarife, da sie diese an dem sog. Merit – Order - Prinzip orientieren. Dieses bestimmt die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke. Der Strompreis wird dabei von dem Kraftwerk mit den höchsten Grenzkosten, das aktiv ist, bestimmt. Diese Merit – Order könnte so wie in der Schweiz bereits erfolgt von den zuständigen Bundesministern per Verordnung geändert werden, passiert aber nicht.

Infolge dieser Entwicklung kommen auf einen Wiener Einfamilienhaushalt Mehrausgaben von 750 Euro und mehr zu, Tendenz weiter steigend. Um hier entgegenzuwirken, braucht es eine Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses, eine Verdoppelung desselben, eine Erhöhung der Einkommensgrenze für die Inanspruchnahme und eine Änderung des derzeit vorherrschenden Preisbildungssystems. Der Heizkostenzuschuss muss für alle Wiener bis zu einem Haushaltseinkommen in der Höhe von 3.000 Euro zur Verfügung stehen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

## B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert

den zuständigen amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ auf,

1. einen Heizkostenzuschuss in Höhe von 300 Euro einzuführen und
2. die Obergrenze des Haushaltseinkommens als Voraussetzung für den Heizkostenzuschuss auf 3.000 Euro zu erhöhen.

die zuständigen Bundesminister auf, umgehend das Preisbildungssystem (Merit – Order) im Sinne einer Strompreissenkung zu ändern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.